HALLO NORDSTADT

NORDSTADT SPD

JAHRGANG 3, AUSGABE 1 | DIE ZEITUNG DER SPD IN DER NORDSTADT | SEPTEMBER-OKTOBER 2018

Braunschweigs Schulen im Wandel

Wie geht es mit den Schulen in der Nordstadt weiter?

Die Grundschule in der Isoldestraße

Die SchülerInnenzahlen steigen weiter! Mit dieser Nachricht zeigte die Stadtverwaltung die Richtung der nächsten Jahre in der Schulpolitik auf. Die Nordstadt ist durch den Neubau eines ganzen Stadtviertels von dieser Entwicklung besonders gesegnet – das hat jedoch insbesondere für unsere Schulen einige Konsequenzen.

Bereits seit über einem Jahr ist der Ausbau der Grundschule in der Isoldestraße beschlossene Sache: Hier werden zukünftig anstatt knapp 200 fast 400 SchülerInnen unterrichtet werden. Wer an der Schule in diesen Tagen vorbei geht, sieht, dass der Ausbau pünktlich zum Baubeginn des neuen Viertels gut vorangekommen ist, auch wenn u.a. der Mensaausbau noch einige Zeit benötigt.

Während bei den Grundschulen die wichtigen Beschlüsse bereits gefasst sind, steht die Diskussion bei den weiterführenden Schulen gerade an. Die Anmeldezahlen zu den fünften Klassen im Schuljahr 2018/2019 haben einmal mehr gezeigt, dass etwa 200 SchülerInnen entgegen ihres Wunsches nicht an einer IGS beschult werden können, da die Kapazitäten fehlen. Hieraus ergibt sich aus Sicht des SPD-Ortsvereins Nordstadt zwangsläufig, dass endlich die konkreten Planungen bezüglich einer sechsten IGS im Stadtgebiet begonnen werden muss.

Hierbei ist ein Standort in der Nordstadt aus mehreren Gründen naheliegend. So können die Schü-

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir vom SPD-Ortsverein Nordstadt freuen uns, dass Sie nach fast einem Jahr Pause die neue Ausgabe von "Hallo Nordstadt" in den Händen halten können. Die letzten Monate waren für uns nicht nur bundes- und landespolitisch ereignisreich - auch unser Ortsvereinsgebiet verändert sich rasend.

Das Ringgleis wurde und wird im Norden weiter ausgebaut, die ersten Wohnungen im nördlichen Ringgebiet werden demnächst bezogen. Mit dem Wachsen der Bevölkerung verbunden sind steigende Schülerzahlen und die Frage, wie der notwendige Ausbau der Schulen umgesetzt werden kann. Diesem Thema widmen wir ebenso einen Artikel wie der Frage der Wohnsituation von Studierenden sowie der (Lärm-)Belastung durch den starken Verkehr auf dem Ring. Auch der Campus Nord wird in einigen Jahren vielleicht weiter entwickelt. Hierzu wurde ein studentischer Ideenwettbewerb gestartet, zu dem wir hier einige Hintergrundinformationen liefern. Nach zwei Jahren ist es auch an der Zeit, eine Zwischenbilanz der Arbeit der SPD im Bezirksrat zu ziehen; das Resümee finden Sie auf Seite sechs.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Zeitung und freuen uns auf Ihre Rückmeldungen.

Ihr SPD-Ortsverein

lerInnen aus dem Norden Braunschweigs nur schwer mit öffentlichen Verkehrsmitteln einen der fünf aktuellen Standorten erreichen. Zudem ergibt sich durch das Neubaugebiet ein großes Potential an neuen SchülerInnen, welchen man den Schulbesuch vor Ort sicherstellen kann.

Es steht dabei außer Frage, dass die zukünftigen Planungen in enger Absprache mit der Nibelungen-Realschule erfolgen müssen, um den bereits etablierten Standort, eventuell durch eine Umwandlung der Schule in eine IGS, nicht zu gefährden. Die SPD-Bezirksratsfraktion hat hierzu Kontakt mit der Schulleitung aufgenommen.

Die Entscheidung über eine sechste IGS wird der Stadtrat voraussichtlich kurz nach Redaktionsschluss in der Augustsitzung treffen - wir werden auf unserer Homepage über den aktuellen Stand informieren.

Hie

Sozialdemokratische Persönlichkeiten in Braunschweig

Heinrich Jasper

Heinrich Jasper, geboren am 21. August 1875 in Dingelbe (heute Gemeinde Schellerten im Landkreis Hildesheim) war ein sozialdemokratischer Politiker und mehrfach Ministerpräsident des Freistaates Braunschweig. Nachdem er das Abitur am Wilhelm-Gymnasium abgelegt hatte, studierte er anschließend Rechtswissenschaften. Im Jahr 1900 promovierte er und ging anschließend nach Braunschweig zurück. Dort ließ er sich als Rechtsanwalt nieder. 1902 trat er in die SPD ein. Für einen Akademiker war dies ein ungewöhnlicher Schritt in der damaligen Zeit.

Nach der Abdankung Ernst Augusts, des letzten Braunschweigischen Welfen-Herzogs, am 8. November 1918 und während der Wirren der Novemberrevolution in Braunschweig nahm Jasper den politischen Kampf gegen Josef Oerter und die Braunschweiger Räterepublik auf, die er als „Diktatur einer undemokratischen Minderheit“ bezeichnete. Nach Beendigung des Generalstreiks der Braunschweiger Arbeiter im April 1919 und der kurzzeitigen Besetzung der Stadt durch Freikorps-Truppen war Jasper mehrere Jahre lang Landtagspräsident.

Jasper war von 1919 bis 1933 Abgeordneter des Braunschweigischen Landtages. In den Jahren 1919/1920, 1922 bis 1924 und schließlich 1927 bis 1930 war er Ministerpräsident des Freistaates Braunschweig. Bereits kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 begann der neue braunschweigische Ministerpräsident Dietrich Klagges (NSDAP) seine politischen Gegne zu verfolgen. Am 17. März 1933 versammelte sich der SPD-Vorstand Braunschweigs, um die Lage zu diskutieren und das weitere Vorgehen zu besprechen. Auf dem Nachhauseweg wurde Jasper auf Veranlassung Klagges’ unter einem Vorwand verhaftet und in sogenannte Schutzhaft genommen. Dazu wurde er in das von den Nationalsozialisten zweckentfremdete AOK-Gebäude gebracht, wo man ihn schwer misshandelte.

Am 19. April wurde er vorläufig entlassen. Doch schon am 26. Juni 1933 wurde er erneut verhaftet und in das KZ Dachau gebracht, aus dem er erst 1939, unter bisher ungeklärten Umständen, wieder entlassen wurde. Jasper kehrte daraufhin nach Braunschweig zurück, stand nun jedoch unter ständiger Überwachung und musste sich täglich bei der Gestapo melden. Das fehlgeschlagenen Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 lieferte einen erneuten Vorwand, Jasper am 22. August 1944 in der Aktion „Gitter“ zu verhaften.

Heinrich Jasper

Der in der Zwischenzeit durch Inhaftierungen, Misshandlungen und permanente Verfolgung physisch wie psychisch angeschlagene 69-jährige Jasper wurde zunächst in das berüchtigte Arbeitserziehungslager Hallendorf gebracht und im September in das KZ Sachsenhausen überstellt. Nachdem dieses in der Endphase des Krieges aufgelöst worden war, war Jasper ab Februar 1945 im KZ Bergen-Belsen, wo er am 19. Februar 1945 an Flecktyphus gestorben sein soll. Seine Leiche wurde in einem Massengrab beerdigt.

Zu Ehren Heinrich Jaspers wurde u.a. die Braunschweiger „Kaiser-Wilhelm-Straße“ im Östlichen Ringgebiet am 26. März 1946 in Jasperallee umbenannt.

JHM

Situation an der Freyastraße

Wohnungen statt Kleingärten

Wer in der Stadt unterwegs ist, wird feststellen können, dass es in der Nordstadt eine Straße gibt, deren Belag augenscheinlich dringendst saniert werden sollte, aber nichts passiert. Kenner des Stadtbezirks wissen es schon: es handelt sich um die Freyastraße, genauer: den Abschnitt in Höhe der Kleingartenvereine und des Familienzentrums St. Georg. Seit längerer Zeit wurde dort zum einen der sehr schlechte Straßenbelag immer wieder nur geflickt, zum anderen sind dort mehrere Bäume mittlerweile gefällt worden bzw. abgängig.

Dies nährte das Gerücht, dass die Stadtverwaltung dort sehr viel weitreichendere Überlegungen habe und deswegen eine Sanierung bisher unterblieb. Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Bezirksratsfraktion im Februar 2018 bei der Verwaltung nachgefragt, wie die Verwaltung den Zustand dort einschätze, ob es Überlegungen für eine Bebauung der Südseite gebe und für wann ggf. eine Sanierung geplant sei. Eine Beantwortung erfolgte Mitte August mit der Information, dass gegenwärtig viele Einzelgrundstücke im gestreuten Privateigentum wären und daher die Flächen für ein Gesamtprojekt derzeit (noch) nicht verfügbar wären.

Jens Dietrich

Stadtbezirksrat diskutiert

Nächtliches Tempo 30 auf dem Ring?

Besonders Verkehrslärm wird zunehmend als Problem wahrgenommen, welches sich auch auf die Gesundheit der betroffenen AnwohnerInnen auswirkt. Gerade am innerstädtischen Ring ist dieser Lärm besonders stark, sodass sich der Stadtbezirksrat Nordstadt auf Initiative der SPD u.a. mit der Einführung einer Tempo-30-Zone auf dem nördlichen Ring beschäftigt hat. Aber auch bezogen auf den Schwarzen Berg fragt die SPD-Fraktion im Bezirksrat, ob dort nicht auch eine flächendeckende 30 km/h-Zone eingerichtet werden kann.

Die Diskussion um den Ring geht dabei jedoch über das Gebiet der Nordstadt hinaus. Die örtlichen Gegebenheiten wie Blockrandbebauung oder auch der starke Verkehrsfluss erschweren Maßnahmen der Lärmreduktion am Ring besonders. Es gibt aber Handlungsmöglichkeiten: Um die Lärmbelastung zumindest in der Nacht zu reduzieren, haben andere Städte an wichtigen Verkehrsrouten eine nächtliche Tempobeschränkung eingeführt.

Deshalb hat die SPD-Fraktion im

Bezirksrat Nordstadt angefragt, ob Tempo 30 von 22.00 bis 06.00 Uhr als Modellprojekt auf dem Ringabschnitt vom Maschplatz bis zum Hagenring getestet werden kann. Parallel hat die SPD-Fraktion im benachbarten Bezirksrat Westliches Ringgebiet angefragt, ob dies auch im Abschnitt zwischen Maschplatz und Cyriaksring möglich sei. Bis zum Redaktionsschluss stand die Antwort noch aus, jedoch

kann man auf die Antwort gespannt sein, denn die SPD-Fraktion bat die Verwaltung gleichzeitig, im Falle der Ablehnung dieses Modellprojektes Alternativen zur Lärmreduzierung aufzuzeigen.

Im Wohngebiet Schwarzen Berg wird über die Straßen „Im Schwarzen Berge“ und „Sielkamp“ diskutiert. Dort im Wohnbereich gibt es bereits streckenweise Beschränkungen auf 30km/h, doch ein generelles Tempo 30 gibt es nicht, obwohl gerade im Bereich Sielkamp immer wieder von zu schnell fahrenden Fahrzeugen die Rede ist. Um diesem Problem zu begegnen, hat die SPD-Bezirkratsfraktion bei der Verwaltung angefragt, unter welchen Voraussetzungen im Schwarzen Berg die Einrichtung einer generellen 30km/h-Zone möglich wäre. Eine Antwort steht auch hier noch aus.

Hie

Impressum

Herausgeber: SPD Ortsverein Nordstadt im Unterbezirk Braunschweig

V.i.S.d.P.: Jens Dietrich, Brunhildestraße 23, 38112 Braunschweig

Redaktion: Jens Dietrich, Enrico Henning, Jan Müller, Bastian Hielscher

Mit Namen gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Layout: Bastian Hielscher

Druck: BS Print DigitalRepro GmbH

Campus Nord

Ein Ideenwettbewerb für Studierende

Von Wolfgang Wiechers
Vorstandsmitglied Johannes-Göderitz-Stiftung

Für Aufregung hatten Presseberichte über ein neues Wohngebiet im Bereich des TU Campus Nord gesorgt. Hatte doch die Stadt Ende 2016 eine Vorkaufrechtsatzung für die Grundstücke im angrenzenden Grünbereich beschlossen, um positiv Einfluss auf die zukünftige Entwicklung nehmen zu können. Von Seiten Betroffener wurde allerdings befürchtet, dass vorhandene Nutzungen verdrängt werden könnten. Die Stadt versicherte jedoch, dass hier in naher Zukunft nichts passieren wird. Und dabei bleibt sie auch weiterhin.

Es handelt sich hier nämlich nicht um eine Initiative der Stadt, sondern um ein Anliegen der Technischen Universität. Überlegungen zur Stärkung des Campus Nord gibt es hier schon seit längerem. Das Institut für Städtebau und Entwurfsmethodik hat jetzt unter der Leitung von Prof. Uwe Brederlau den studentischen Wettbewerb im Rahmen des Johannes-Göderitz-Preises 2018 herausgegeben, weil Braunschweig in diesem Jahr wieder mal als Aufgabensteller an der Reihe ist.

Göderitz (1888-1978) war ein prominenter Vertreter des „Neuen Bauens“ in der Nachkriegszeit. Ich selbst habe ihn während meiner Studienzeit noch erlebt. Er war u.a. Stadtbaurat in Magdeburg und Braunschweig gewesen und lehrte später an der Technischen Hochschule Braunschweig Landesplanung Städtebau und Wohnungswesen. Schüler und Mitarbeiter haben 1978 zu Ehren des international anerkannten Hochschullehrers eine Stiftung gegründet.

Die Stiftung vergibt alljährlich Preise zur Förderung studentischer und wissenschaftlicher Arbeiten im Bereich Städtebau. Zur Zeit nehmen jeweils 5 Hochschulen und Universitäten aus Deutschland an einem Wettbewerb teil. Eine Hochschule darf maximal 5 ausgewählte Arbeiten einreichen. Über die 25 Arbeiten entscheidet dann eine Jury u.a. aus Vorstandsmitgliedern der Göderitz-Stiftung und Vertretern der jeweiligen Stadt. Bisher gab es jedes Mal sehr gute Ergebnisse, von denen dann zumeist fruchtbare Impulse für die Entwicklung der jeweiligen Stadt ausgingen. Das gilt auch für Braunschweig.

Die jetzige Aufgabe trägt den Titel CoLiving Campus. Es soll ein urbanes Quartier zum Lernen, Forschen und Wohnen werden. Die Studierenden sind aufgerufen, sich über die strategische Entwicklung des Quartiers und des Campus Nord Gedanken zu machen, indem sie die besonderen Qualitäten beachten und die bestehenden Strukturen mit einbeziehen. Die Ergebnisse werden Ende 2018 prämiert und anschließend der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Stadt Braunschweig unterstützt die Auslobung, da hier gute Beispiele für eine Ideensammlung erwartet werden. Die Kultur- und Wissenschaftsdezernentin, Frau Dr. Anja Hesse, hat den Sachverhalt in ihrer Mitteilung vom 14.05.2018 an den Bezirksrat Nord noch einmal deutlich dargestellt.

Studentisches Wohnen in der Nordstadt

Wer kann sich das noch leisten?

Braunschweig als Oberzentrum der Region bietet ein großes Freizeit- und Kulturangebot sowie vielfältige Einkaufs- und Erholungsmöglichkeiten. Zugleich sind in der Region attraktive Arbeitgeber zu finden. Kurzum: Braunschweig ist eine Stadt der kurzen Wege, in der gerne viele Menschen leben möchten. So ist es nicht verwunderlich, dass auch in Braunschweig die Situation auf dem Wohnungsmarkt angespannt ist. Freie Wohnungen oder gar Häuser sind auf dem Immobilienmarkt nur schwer zu finden. Zugleich sind die Preise in den letzten Jahren stark gestiegen. Dieser Wohnraummangel trifft insbesondere einkommensschwache Menschen.

Wohnheim in der Mendelssohnstraße

Zu dieser Gruppe der einkommensschwachen Bevölkerung gehören sehr häufig auch Studierende. Laut einer Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks standen 2016 einem Studierenden im Durchschnitt rund 918 € zur Verfügung. Rund 35 Prozent davon werden trotz teils günstiger Wohnheimsplätze für Miete und Nebenkosten ausgegeben. „Hallo Nordstadt“ hat sich bei Petra Syring, der Leiterin für Kommunikation beim Studentenwerk Braunschweig, nach der Situation der Studierenden in Braunschweig erkundigt.

Nach ihren Angaben bietet das Studentenwerk OstNiedersachsen in Braunschweig den etwa 20.000 Studierenden in seinen zehn Wohnheimen rund 2300 Plätz. In der Nordstadt sind drei der zehn Wohnheime zu finden: Im frisch sanierten APM am Rebenring („Affenfelsen“) sind 852 Plätze vorhanden, in der Wohnanlage Langer Kamp sind es 87 Plätze, weitere 60 Plätze befinden sich hier im Bau. Ganz frisch im Angebot des Studentenwerks ist das Wohnheim in der Mendelssohnstraße. Ursprünglich war das Wohnheim als Unterkunft für Flüchtlinge geplant, doch durch den Rückgang der zugewiesenen Flüchtlinge konnte das Gebäude vom Studentenwerk übernommen werden, so dass jetzt 53 Studierende hier kostengünstig wohnen können. Nach Angaben von Petra Syring gibt es für freiwerdende Wohnheimplätze lange Wartelisten. Vor allem ausländische Studierende haben enorme Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Petra Syring vom Studentenwerk Ostniedersachsen

Einen für Braunschweig neuen Weg versucht das Studentenwerk mit dem Projekt „Wohnen für Hilfe Plus“ zu gehen. Das Projekt „Wohnen für Hilfe Plus“ möchte Wohnpartnerschaften zwischen Jung und Alt stiften, bei der beide Seiten Vorteile haben. Die jungen Studierenden bekommen günstigen Wohnraum, die Senioren Unterstützung im Alltag wie Einkaufen, Kochen, Wohnungsreinigung etc.. Im Gegenzug verringert sich die Miete um einen festgelegten Satz pro Stunde Hilfe. „Hallo Nordstadt“ wird dieses Projekt in einer späteren Ausgabe ausführlich vorstellen. Wer Interesse an mehr Informationen hat, kann sich gerne beim Studentenwerk unter 0152 56 71 21 28 melden.

Jens Dietrich

Die SPD -Fraktion im Bezirksrat Nordstadt

Eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren

Wenn in der lokalen Medienlandschaft über politische Gestaltung in Braunschweig berichtet wird, steht zumeist der Rat der Stadt Braunschweig im Mittelpunkt. Weniger bekannt ist, dass es in den neunzehn Stadtbezirken bezirkliche Räte gibt, die als politische Interessenvertretungen der Bürgerinnen und Bürger Entscheidungsrechte besitzen.

Die SPD stellt mit sechs Mitgliedern die stärkste Fraktion im eigentlich 17 gewählte Mitglieder umfassenden Bezirksrat der Nordstadt. Eigentlich, denn nach rund zwei Jahren sind nur noch 15 gewählte Mitglieder über geblieben, ein weiterer Abgang im Laufe des Jahres 2018 ist absehbar. Denn zwingende Voraussetzung für die stimmberechtigte Mitgliedschaft im Bezirksrat ist (neben der Wahl), dass man im Stadtbezirk wohnt. Wer wegzieht, verliert sein Mandat und es rückt jemand von der Wahlliste nach – wenn es denn Nachrücker gibt. Genau dies war bei der FDP und der Partei DIE LINKE aber nicht der Fall, sodass die Plätze nun unbesetzt bleiben.

Die Stadtbezirke Braunschweig

Mit **Angela Marten** als Bezirksbürgermeisterin stellt die SPD auch das „Gesicht“ der Nordstadt, denn die Bezirksbürgermeisterin vertritt den Stadtbezirk nach außen und ist bei vielen Gelegenheiten im Stadtbezirk präsent.

Als SPD-Fraktion setzen wir uns für die Menschen im Stadtbezirk ein und versuchen, die Nordstadt noch liebens- und lebenswerter zu gestalten.

Dies geschieht auf drei Wegen:

1.Wir bringen bei anstehenden Stadtratsentscheidungen, zu denen der Bezirksrat vorher beratend angehört wird, Verbesserungsvorschläge oder Bedenken ein. Seit der Kommunalwahl 2016 wurden wir vor allem zu Themen rund um die Neubaugebiete im Bereich Mitgaustraße/Taubenstraße sowie auf dem ehemaligen Gelände der Braunschweiger Zeitung zwischen Mittelweg und Hamburger Straße angehört.

2. Wir haben diverse Anfragen an die Verwaltung der Stadt gestellt, mit der Bitte, z.B. die Missstände an der Tramwendeschleife Ottenroder Straße (schlechte Wegführung, nicht ausreichende Beleuchtung, etc.) zu beseitigen. Das Thema „Wendeschleife“ hat sich zum Dauerbrenner entwickelt, wird nun aber endlich von der Stadt angegangen. Auch die Anschaffung neuer Tore für den Spielplatz Warnekamp geht auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurück.

3. Wir arbeiten intensiv mit den für unseren Bereich zuständigen Stadtratsmitgliedern, insbesondere **Nicole Palm**, zusammen, um auch auf Ratsebene uns wichtige Themen zu setzen und/oder voranzutreiben. So wurde die Verwaltung durch den Rat beauftragt, ein Konzept zur baulichen Neuordnung der Nebenanlagen auf dem Bienroder Weg zu erarbeiten. Auch das Jugendzentrum B58 am Bienroder Weg muss dringend saniert und erweitert werden, da die Räumlichkeiten für die sozialpädagogische Arbeit schon lange nicht mehr ausreichen.

Nicht entscheidend weiter gekommen sind wir mit der Einrichtung eines Ringgleisinformationszentrums im Bereich des ehemaligen Autohauses Berg & Sohn. Da sich hier neue Möglichkeiten

Das Jugendzentrum B58

Stadtbezirksrat Nordstadt:

Was ist das?
Der Stadtbezirksrat ist die politische Interessenvertretungen der Bürgerinnen und Bürger.

Wofür ist der Stadtbezirksrat zuständig?
Er besitzt Entscheidungsrechte in Angelegenheiten, die nur den eigenen Bereich betreffen.
Er hat Mitwirkungsrechte für Dinge, die in der Entscheidungsbefugnis des Rates der Stadt liegen, aber den Stadtbezirk (mit-)betreffen.

durch die Neuorientierung der BS|Energy im Bereich des Heizkraftwerks Mitte ergeben, haben wir bereits ein weitgehendes Konzept vorgelegt.
Unbefriedigend sind bis jetzt die Ergebnisse in Bezug auf die Schaffung von weiteren Freizeitangeboten für Kinder- und Jugendliche im Schwarzen Berg, der Einführung eines Quartiermanagements im Siegfriedviertel und der Schaffung eines Außengeländes für das Jugendzentrum „Selam“. Hier werden wir als Bezirksratsfraktion in den nächsten Jahren weiter am Ball bleiben.

Jens Dietrich

Das Ende naht...

zumindest wohl das Ende der Volksparteien

Ist die SPD noch eine Volkspartei im klassischen Sinne? Bei uns in der Region vielleicht noch. In weiten Teilen Deutschlands, insbesondere im Osten und Süden der Republik, wohl schon länger nicht mehr.
Die SPD ist zwar über 150 alt und hat vor 100 Jahren u.a. das Frauenwahlrecht eingeführt, aber den Wählern ist das egal. Anders als die „Berliner Politik“ sehen viele Globalisierung, Digitalisierung, Migration eher als Bedrohung denn als Chance. Sie wollen deshalb klare und verständliche Antworten für die Zukunft.
Es geht dabei nicht (nur) um Gerechtigkeit, sondern vor allem auch um soziale und innere Sicherheit. Ein Begriffspaar, das die Sozialdemokratie bisher nicht genug zusammen gedacht hat. Das schlechteste Wahlergebnis der SPD seit 1949 ist auch als das Ergebnis einer jahrelangen Entfremdung von der eigenen Basis und (Kern-)Wählerschaft zu sehen, für die klare und verständliche Antworten seitens der SPD nicht zu erkennen waren. Aber auch die CDU steckt in der Krise. Sie wirkt sich bisher nur etwas milder aus.
In Deutschland geht sehr wahrscheinlich ein Zeitalter zu Ende; das Zeitalter der traditionellen Volksparteien, denen es über Jahrzehnte gelungen ist, große Teile der Wählerinteressen abdecken zu können. Seit Bestehen der Bundesrepublik wechselten sie sich an der Regierung ab. Damit könnte es bald vorbei sein.
Deutschland wird dabei relativ spät von einer Entwicklung erfasst, die anderswo bereits viel weiter vorangeschritten ist. So braucht es beispielsweise in den Niederlanden mittlerweile vier Parteien für eine Regierung. Bis vor kurzem hielt wohl kaum jemand eine ähnliche Entwicklung in Deutschland für möglich. Wenn es aber statt einer erneuten GroKo zu Neuwahlen gekommen wäre, hätte diese vermutlich um ihre bislang immer sichere absolute Mehrheit fürchten müssen.
Diese Entwicklung bereitet vielen Menschen Sorgen, da das bisherige politische System der Bundesrepublik für eine Stabilität und Verlässlichkeit stand, die es in dieser Form so wohl nicht mehr geben wird. Es hilft aber nichts, diese Veränderungen zu beklagen. Sie folgen dem Trend einer stetig zunehmenden Individualisierung und Zersplitterung der Gesellschaft. Die alten Volksparteien passen womöglich nicht mehr in eine Zeit, in der der einzelne Wähler sich stärker direkt repräsentiert sehen möchte.
Immer häufiger misstrauen viele Bürger Parteien und gesellschaftlichen Eliten und wünschen sich mehr und direktere Beteiligung. Aber ist das alles von vornherein nur schlecht? Sicher ist wohl nur, dass vieles wechselhafter, sprunghafter, populistischer und vielleicht auch riskanter wird.
Was sich gerade verändert, ist aber weder einfach nur gut, noch einfach nur schlecht. Die Krise der (einstigen) deutschen Volksparteien ist eine Herausforderung für das Funktionieren des politischen Systems der Bundesrepublik. Sie kann das Land schwächen, muss es aber nicht. Die Demokratie ist aus meiner Sicht bislang nicht ernsthaft in Gefahr, der Rechtsstaat funktioniert stabil.
Es gibt etliche gute Gründe dafür, dass viele Bürger sich nach Erneuerung eines aus ihrer Sicht zu eingefahrenen Systems sehnen. Wenn sich dabei neue Parteien und Formen der Beteiligung herausbilden, bleibt das politische System lebendig und kann im besten Fall sogar widerständiger gegen Populisten von rechts- und linksaußen werden. JHM

SPDOrtsvereinNordstadt

info@spd-bs-nordstadt.de

www.spd-bs-nordstadt.de

Mitglied werden

https://www.spd.de/unterstuetzen/mitglied-werden/

oder direkt vor Ort beim SPD-Ortsverein Nordstadt

Ein Ort der internationalen Jugendbegegnung

Das SELAM

Das SELAM von außen

In jeder Ausgabe der „Hallo Nordstadt“ werden Einrichtungen aus der Nordstadt vorgestellt, die das Zusammenleben in unserem Stadtteil attraktiver machen. Nachdem wir in den letzten Ausgaben die Begegnungsstätte in der Ottenroder Straße, das städtische Kinder- und Jugendzentrum B58 auf dem Bültenweg sowie das Haus der Kulturen auf dem Mittelweg vorgestellt haben, werden wir in dieser Ausgabe das Kinder- und Jugendzentrum SELAM in der Hamburger Straße portraitieren.

Das von der Stadt Braunschweig getragene Kinder- und Jugendzentrum SELAM ist eine Freizeiteinrichtung, welche allen Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 27 Jahren offen steht. Es ist dabei aber viel mehr als ein reines Jugendzentrum, da sich die Einrichtung vor allem als Begegnungsstätte für EinwohnerInnen anderer Nationalitäten versteht – insbesondere aus der Türkei und Tunesien. Dabei gliedert sich die Arbeit des SELAM in drei Teilbereiche auf, die im Folgenden kurz erläutert werden:

Kinderetage

Die sogenannte Kinderetage im ersten Obergeschoss steht allen Kindern offen, die zwischen 6 und 12 Jahren alt sind. Die Arbeit der Kinderetage zeichnet sich vor allem durch ein attraktives Freizeitangebot für Jungen und Mädchen aus. Neben zahlreichen Ausflügen in Tierparks, Kunst- und Dinosaurierausstellungen gehören sportliche Aktivitäten in der Wasserwelt, Kletterparks und Reiterhöfen zum Angebot.

Doch auch im Selam selbst werden Aktivitäten in Form von Bastel- oder Bingo-Nachmittage und -Abende angeboten. Die Kinderetage ist von Montag bis Donnerstag von 14:00 bis 18:00 Uhr geöffnet (donnerstags bis 17 Uhr).

Jugendbereich

Im Erdgeschoss des SELAM befindet sich der Jugendbereich, welcher allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab 12 Jahren zur Verfügung steht. In diesem Bereich können junge Menschen zahlreiche altersgerechte Freizeitangebote wahrnehmen. Unter anderem können sie Billard, Kicker, Darts oder Playstation spielen oder können das hauseigene „Internetcafé“ nutzen.

Darüber hinaus erhalten Jugendliche Hilfe bei dem Verfassen von Bewerbungsschreiben sowie weitere Beratungs- und Bildungsangebote. Der Jugendbereich ist von Montag bis Freitag von 13:30 bis 21:00 Uhr geöffnet (donnerstags bis 17 Uhr).

Nachbarschaftsladen

Der Nachbarschaftsladen ist hervorgegangen aus dem Förderkreis für ausländische Arbeitnehmer e.V. und ist in der 2. Etage des SELAM beheimatet. Er versteht sich als Bildungseinrichtung für Kinder, jugendliche Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund.

So können Kinder von der 1. bis zur 4. Klasse sowie Mädchen von der 5. bis zur 10. Klasse von Montag bis Donnerstag von 13:00 bis 16:00 Uhr eine Hausaufgabenhilfe erhalten. Darüber hinaus fördert der Nachbarschaftsladen den Austausch verschiedener Kulturen. Die Öffnungszeiten liegen von Montag bis Donnerstag zwischen 12:00 und 18:00 Uhr sowie freitags nur für Mädchen ab 12 Jahren von 12:30 Uhr bis 17:30 Uhr.

Enrico Hennig

Kontakt:
Kinder- und Jugendzentrum SELAM
Hamburger Straße 34
38114 Braunschweig
0531 344830
kjz.selam@braunschweig.de